Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags · Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsverkehr 2,15 Mk., in Württemberg 2,26 Mk. vierteljährlich, hierzu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Petitzeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 63 · Freitag den 14 März 1919 · 86. Jahrgang.

Schwaben.

II.

Die mancherlei Gründe, die in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung für die politische Vereinigung von Württemberg und Baden sprechen, beleuchtet Studienrat Dr. Manfred Eimer in der Druckschrift: „Zur territorialen Neugestaltung des deutschen Freistaats und zur Darlegung der Gründe unserer inneren Schwäche" (Heidelberger Verlagsanstalt und Druckerei Theodor Verkenbusch, Heidelberg 1919. 1,50 Mk.). Dr. Eimer führt darin u. a. aus:

Wenn man sich das geographisch-politische Bild vergegenwärtigt, welches Deutschland künftig im Südwesten bieten wird, so sieht man, daß zwei Mittelstaaten, die den vorgeschlagenen neuen nördlichen und mitteldeutschen Gebieten an Größe weit nachstehen, dort an der französischen Grenze bestehen bleiben sollen, unverändert, bis auf die Einbeziehung Hohenzollerns (vermutlich) in Württemberg. Dieser Volksstaat wird dann um einiges größer sein als Schleswig-Holstein; Baden wird etwas kleiner sein, als die beiden Mecklenburg. Bis auf die Südstaaten werden alle übrigen deutschen Volksstaaten Baden und Württemberg an Umfang bedeutend übertreffen. Die beiden südwestdeutschen Länder werden an Gewicht daher bedeutend verlieren.

Baden ist, wie ein Blick auf die Karte zeigt, ein ganz „zufällig", d. h. durch dynastische Erwerbungen geschaffenes Land von ziemlich verzweifelter Gestalt, was ganz besonders für die Verkehrsverhältnisse und die wirtschaftlichen Verhältnisse jeder Art bedeutend und nicht zum Vorteil ins Gewicht fällt. Baden ist ein durchaus unorganisches Grenzgebilde. Stammlich ist es geteilt in Franken und Alemannen (Schwaben), während in Württemberg nur der nördlichste Teil fränkisch, das übrige schwäbisch ist. Schwäbisch aber ist auch der südwestliche Teil von Bayern zwischen Ulm, Augsburg und Lindau.

Die Vereinigung von Württemberg, Baden und Hohenzollern nebst dem bayrischen Schwaben würde gegen Frankreich und die Schweiz ein geschlossenes und ansehnliches politisches Staatswesen schaffen; dieses Staatswesen wäre geographisch ausgezeichnet abgerundet. Auch der Schwarzwald ist, seiner plateauartigen Natur wegen, kein Grenzgebirge. Die beiden Länder Württemberg und Baden würden sich wirtschaftlich und verkehrstechnisch trefflich ergänzen. Neben dem Eisenbahnverkehr böte auch in bezug auf die Stromgebiete eine Vereinigung große Vorteile. Die einheitliche Bodensee- und Rheingrenze und die einheitliche Schiffahrt auf dem kanalisierten Neckar wären nicht hoch genug zu schätzende Vorteile für das gemeinsame Staatswesen, während sie in der Hand von Einzelstaaten nicht genügend ausgebeutet werden können.

Es kommt aber hinzu, daß in Zukunft auch, neben Mannheim, der Ort Kehl als Stapel- und Grenzort gegen das nicht mehr deutsche Elsaß an Bedeutung ganz ungemein gewinnen wird. Um diese Entwicklung zu fördern und auszunützen, wird es eine Notwendigkeit sein, Verbindungen in kürzester Entfernung nach Württemberg zu schaffen. Auch für Württemberg hat Kehl eine sehr bestimmte Zukunftsbedeutung. Der Transitverkehr durch Süddeutschland muß durch Württemberg nach Kehl gehen. Entweder die Kinzigtalbahn muß eine Vollbahn werden, oder es muß endlich der Kniebistunnel geschlagen und die Kleinbahn im Renchtal (nach Appenweier) eine Vollbahn werden. Baden hat alles Interesse, wirtschaftlich mehr Ausdehnungsboden gegen Osten zu gewinnen. Auch die Städte Ulm und Lindau könnten nur gewinnen, wenn sie aus ihrer, durch nahe Landesgrenzen bedingten Enge herausgehoben würden.

Natürlich darf keiner der in Betracht kommenden Staaten den anderen majorisieren wollen. Eine Frage, die mit der Eifersucht der Gebiete zu rechnen haben würde, ist die der Hauptstadt eines solchen Südwestlands; weder Stuttgart noch Karlsruhe könnten es bleiben. Die Billigkeit würde eine Neugründung verlangen. Eine alte freie Reichsstadt würde als Vorort des Volksstaats zu empfehlen sein, z. B. Villingen auf dem Schwarzwald und an der Hauptlinie Offenburg—Konstanz sowie an der Linie Villingen—Rottweil.

Aengstliche Gemüter möchten daraus den Untergang von Stuttgart und Karlsruhe prophezeien. Die landläufige Vorstellung ist die, daß eine größere oder völlige Vereinheitlichung die befruchtenden und vielseitigen Kulturmittelpunkte in Deutschland beeinträchtigen oder vernichten würde. Unter Kulturmittelpunkte, deren Bestand bedroht sein könnte, kann man nicht nur Handels- oder Industriemonopolen, wie Bremen oder Essen, sondern historisch weit zurückreichende Mittelpunkte, alte Bischofs- und Reichsstädte, Universitäten und Haupt- und Residenzstädte, verstehen. Für die letzteren ist die Stunde der Gefahr jetzt da, wo ihre Förderer und Gönner, die Fürsten ausgeschaltet sind. Für die ersteren — wie Nürnberg, Heidelberg, Frankfurt, Hildesheim, Göttingen — ist es ziemlich gleichgültig, ob sie einem Einzelstaat oder einem einheitlichen Reich angehören. Aber auch in den Residenzen wird, sofern sie heute Kulturmittelpunkte sind, kein Rückgang eintreten können. Was sie haben, gehört und bleibt ihnen.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar 12. März.

Zweite Beratung des Sozialisierungsgesetzes.

In § 2 wurde die Entschädigungspflicht neuen gefügt; ebenso die Bestimmung, daß die gemeinwirtschaftliche Regelung nur im Falle dringenden Bedürfnisses durch die Reihenfolge erfolgen kann.

Abg. Vögler (D.V.P.): Meine Fraktion legt gegen di Kommissionsbeschlüsse, welche nach unserer Ueberzeugung für di gesamte deutsche Volkswirtschaft verderblich sind und den Wieder aufbau unserer Wirtschaft hemmen oder gar ausschließen werden Verwahrung ein. Wir wollen eine evolutionäre Entwicklung Was aber in den Vorlagen erstrebt wird, ist eine revolutionäre Entwicklung, für die wir die Verantwortung ablehnen.

Abg. Pachnicke (Dem.): Von einer revolutionären Entwicklung kann nicht gesprochen werden. Wir werden rechtzeitig ab zustoppen wissen. Wir erhoffen von dem Gesetz eine versöhnend Wirkung. Der § 2 öffnet die Tür für die Sozialisierung so weit, daß wir, da wir keine Sozialisten sind, ihm nicht zustimmen können. Wenn wir trotzdem dem Gesetz als Ganzen zustimmen, so leitet uns dabei die Erwägung, daß zur Sozialisierung in jedem einzelnen Falle ein besonderes Gesetz notwendig ist, dessen Annahme in unserer Hand liegt.

Abg. Beidt (D.-Natl.): Man könnte dem Gesetz die Ueberschrift geben: „Ein Ausflug in den Zukunftsstaat." Der Trost, es handle sich nur um ein Rahmengesetz, kann uns nicht beruhigen. Der Gesetzentwurf gibt der Regierung einen Universalschlüssel, der der Sozialisierung alle Türen öffnet. Die damit bezweckte Beschwichtigung der unruhigen Elemente wird nicht erreicht werden. Wir lehnen die jetzt von der Regierung vorgeschlagene Art der Sozialisierung als in tiefstem Grunde unsozial ab.

Von den Deutsch-Nationalen und der Deutschen Volkspartei sind verschiedene Abänderungsanträge eingegangen.

Abg. Burlage (Z.): Zu § 2 hält meine Partei daran fest, daß eine Enteignung nur gegen angemessene Entschädigung stattfindet. Von Kommunismus kann keine Rede sein. Die Abänderungsanträge sind für uns unannehmbar. Wir wollen den Arbeiter in seinem Emporstreben unterstützen.

Abg. Dr. Cohn (U.S.P.): Etwas sozialer Geist steckt ja in dem § 2, aber wir glauben nicht an die Ausführung des Gedankens. Die Rätedemokratie auf wirtschaftlichem Gebiete wird kommen.

Ein Deutscher

Von Otto Ruppius.

„Und warum bekam ich heute mittag keinen Blick von Ihnen?" fragte er endlich.

„Sie wollen ja gehen!" erwiderte sie, fast mit den Worten zugleich aber brachen von neuem die Tränen aus ihren Augen, und hastig sich losreißend eilte sie aus dem Zimmer.

Reichardt starrte ihr nach, wie in halber Verzückung; plötzlich aber streckte er, als müsse er mehr Raum in seiner Brust schaffen, die Arme weit von sich und schlug dann beide Hände vor das Gesicht. Mitten im Gefühle seiner jungen Seligkeit indessen kam ihm der Gedanke an den alten Frost, dem er in seiner jetzigen Erregtheit unter keinen Umständen hätte entgegentreten mögen. Es drängte ihn, allein zu sein und erst klar mit sich zu werden, ehe er die übrige Welt an sich herantreten ließ, und schon nach wenigen Minuten hatte er das Haus verlassen, planlos in die Straßen hinein schreitend. Erst nach geraumer Zeit hob er den Kopf wieder und blickte lächelnd in der bereits einbrechenden Dunkelheit um sich, als ihm ein vorstehendes Gebäude den Weg versperrte und er sich in einem Gewirr enger Gassen fand, die er nie zuvor kennen gelernt; schon der von einer Laterne beleuchtete Name der nächsten Straßenecke indessen zeigte ihm, daß er nicht weit von Meißners Wohnung sein könne, und wie von einem freundlichen Gedanken berührt, schlug er raschen Schritts den Weg dahin ein.

„So, da sind Sie ja doch!" rief Meißner, der in der leeren Gaststube saß, dem Eintretenden entgegen; schwer war es aber zu unterscheiden, ob sein Willkommen ein freudiger oder unmutiger war, so schienen sich beide Empfindungen in seinen Zügen zu mischen; „haben Sie heute bei der Gnädigen nicht ankommen können?"

„Bei der Gnädigen?" fragte Reichardt lachend.

„Gerade so!" erwiderte der Andere, sein Gesicht unwillig verziehend, „ich habe mir Ihre Sache genau überlegt, und ich will Ihnen sagen, daß ich Sie jetzt vollkommen verstehe. Sie sind in das Frauenzimmer verliebt, und vielleicht um so mehr, weil sie jetzt einen alten Mann hat; deshalb gedenken Sie wahrscheinlich mit den Leuten zu gehen und lassen Ihr ordentliches Geschäft und Ihre guten Aussichten im Stich."

Reichardt konnte sich einer leichten Betroffenheit über die Auslegung, die sein Plan gefunden hatte, nicht erwehren, die aber schnell vor dem Glücke, das seine Seele füllte, verschwand. „Wissen Sie, daß es sehr unrecht ist, Meißner, einem Menschen dergleichen Dinge unterzulegen?" sagte er, in sichtlicher Laune sich einen Stuhl herbeiziehend, „denken Sie nur, in welches Licht Sie mich damit stellen müssen."

Der Kupferschmied warf einen halben Blick in sein Gesicht. „Die Wahrheit wird meistens unrecht genannt," brummte er, „und Sie werden sie freilich jetzt nicht zugestehen!"

„Meißner, ich bleibe nun, wo ich bin!"

Der Andere hob rasch den Kopf und sah dem Sprechenden scharf in die lachenden Augen. „Wollen Sie mich jetzt zum Narren machen oder haben Sie das heute nachmittag getan!" rief er nach einer Pause.

„Keins von beiden," erwiderte Reichardt mit dem vollen Ausdrucke des Glück, „es ist nur eben ein Unterschied zwischen heute nachmittag und jetzt. Es ist noch alles geblieben, wie es war, Meißner, und doch hat sich auch wieder so vieles geändert!"

„Ei, so geben Sie Rätsel auf, wem Sie wollen, mir aber müssen Sie beichten!" rief der Kupferschmied aufspringend und faßte den Freund bei beiden Schultern.

„Still Meißner," entgegnete Reichardt ernster werdend und erhob sich, „Sie sollen alles erfahren, soviel ich reden darf, und so fragen Sie jetzt nicht weiter. Vorläufig kommen Sie mit mir, damit wir ein ordentliches Abendbrot nehmen und eine Flasche Wein trinken; dann aber gehen wir zum alten Black."

16.

Als Reichardt spät am Abend nach seiner Wohnung zurückkehrte, schrieb er noch an Mathildens Mann, daß seine Verhältnisse es jetzt nicht gestatten, das ihm gemachte Anerbieten anzunehmen. An Mathilde selbst aber legte er einige Zeilen herzlichen Abschieds und freundlicher Wünsche für ihre fernere Zukunft bei, zugleich die Hoffnung aussprechend, ihr auf ihren beiderseitigen Lebenswegen einmal wieder zu begegnen. Dann begann er langsam auf und ab zu schreiten, bis er nach einer Weile, sich die Stirn reibend, mitten im Zimmer stehen blieb. Die Erregung, die die letzten Ereignisse in ihm hervorgerufen, war vorüber, und fast wollten jetzt, wo er den Schritt getan, der ihn in seinem bisherigen Wirkungskreise festhielt, Zweifel in ihm aufsteigen, ob er nicht zu voreilig gehandelt. Hatte er doch nicht ein einziges Wort von Margaret, das ihn zu größeren Hoffnungen als bisher berechtigte; und wenn er sich auch mit seinen Gedanken an Harriet klammerte, die ihn sicher nicht aus seinem Schweigen getrieben und ihm Hoffnungen gemacht haben würde, wenn nicht ein bestimmter Grund zu den letzteren vorhanden gewesen wäre, so hatte er doch schon an sich erfahren, wie leicht sich das Mädchen von einer Idee fortreißen ließ, ohne die wirklich bestehenden Verhältnisse zu berücksichtigen. Langsam entkleidete er sich und suchte sein Bett auf, um sich vorerst die Bilder des Tages vor die Seele zu rufen. Da trat ihm plötzlich Frost's Aeußerung: „Ganz deutsch!" in die Erinnerung; „ist es nicht Feigheit?" klang es dann in seinen Ohren. Nein, er war nicht feig, er wäre kräftig und entschlossen in jedem anderen Falle gewesen; und mochte es auch „deutsch" sein, zu zagen, wo es galt, in eigener Sache keck nach dem Höchsten zu greifen, so würde er das jetzt wohl von sich werfen, wenn nur Margaret —! Ehe er den Gedanken indessen

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Von den Abgeordneten Auer u. Gen. (Soz.) geht der Antrag ein, in § 2 die Worte „gegen angemessene Entschädigung" zu streichen.

Hierzu verlangt die Deutsche Volkspartei namentliche Abstimmung.

Abg. Braun-Nürnberg (Soz.): Wir wollen die Ueberführung der Werte in den Besitz der Gesellschaft. Der Arbeiter muß Anteil an den Unternehmungen erhalten, damit er wieder Freude am Wirken hat. Den Entschädigungsanspruch lehnen wir ab. Wir sehen in dem Gesetz nur den Anfang zu größeren Taten.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D.V.P.): Nicht sachliche, sondern politische Gründe haben das Gesetz veranlaßt. Wir glauben nicht daran, daß das Gesetz wirklich Ruhe und Ordnung bringen wird.

Abg. D. Traub (D.N.): Wir stehen am Endpunkt der deutschen Volkswirtschaft, wenn das Gesetz angenommen wird. Diese Neuordnung wird zu einer Verschärfung der Friedensbedingungen führen. Das ganze Gesetz bedeutet nur eine Sicherstellung der sozialistischen Macht im Wirtschaftsleben. Ich fürchte die große Enttäuschung der Arbeitermassen, wenn sich die großen Versprechungen der Sozialdemokratie nicht verwirklichen lassen.

Reichswirtschaftsminister Wissel: In früherer Zeit hat kein Privatunternehmer Anspruch darauf, private Verdienste zu machen, sobald das Wohl der Allgemeinheit fordert, daß es in ihren Besitz übergeführt wird. Die Regierung wird ungesäumt von der Sozialisierungsbefugnis, die ihr in diesem Gesetz übertragen wird, Gebrauch machen.

Abg. Schiele (D.N.): Der § 4 hängt wie ein Damoklesschwert über Tausenden von Betrieben. Es wird eine riesige Verteuerung der von der Sozialisierung betroffenen Erzeugnisse entstehen. Wir verlangen, daß ausdrücklich Grund und Boden von dem Gesetz ausgeschlossen werden.

Zu § 5 begründet Abg. Kraut (D.N.) seinen Antrag, das Inkrafttreten des Gesetzes für die besetzten Gebiete auszusetzen, damit die Feinde nicht Gelegenheit haben, diese Betriebe als Staatsgut für sich in Anspruch zu nehmen.

*

Weimar, 13. März. Bei der zweiten Lesung des Sozialisierungsgesetzes in der Nationalversammlung wurde ein Antrag Auer (Soz.) auf Streichung der Entschädigungspflicht des Reichs in namentlicher Abstimmung mit 165 gegen 135 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag hatten nur die beiden sozialdemokratischen Parteien gestimmt.

Weimar, 13. März.

Eröffnung der Sitzung 10.15 Uhr.

Reichswehrminister Noske führt bezüglich der Berliner Vorgänge aus, nachdem die Schlacht eine Woche lang getobt hat, könne der Aufstand als niedergeschlagen gelten. Daß es in Berlin zu solchen wahnwitzigen Kämpfen, zum Morden und Plündern kam, sei zum größten Teil die Schuld einiger Blätter, voran der „Roten Fahne" und der „Freiheit". (Abg. Haase wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, weil er in einem Zwischenruf Noske als unverschämten Gesellen bezeichnet hatte.) Die große Masse der Berliner Arbeiter seien anständige Menschen, aber bei diesem politischen Generalstreik haben sich allerlei unsaubere Elemente an die Fersen der ehrlichen und besonnenen Arbeiterschaft gehängt. Diese Hyänen der Revolution haben mit ihrem Treiben begonnen, ehe der Belagerungszustand verhängt worden war und ehe er auch nur einen einzigen Soldaten nach Berlin habe einmarschieren lassen. Die Volksmarinedivision, die so unendliche Mühen in Berlin verursacht habe, bestehe nicht mehr. (Stürmischer Beifall.) Fast eine ganze Woche lang habe er verhandelt und mit der Anwendung der Gewalt gezögert. Schweren Herzens und in höchster Not habe er erst am 9. März abends sich zur Verhängung des Standrechts entschlossen, denn er habe die Abschlachtung einzelner Soldaten nicht weiter dauern lassen dürfen.

Es folgt der Gesetzentwurf über die russischen Zahlungsmittel.

Finanzminister Schiffer: Der Rubel rollt in Deutschland und zwar aus politischen Gründen. Wir müssen uns gegen diese Vergiftungs- und Bestechungsgelder wenden. Das Gesetz wird in allen drei Lesungen mit einem Antrag der Mehrheitsparteien auf Anmeldepflicht des Bestandes an russischen Zahlungsmitteln angenommen.

Es folgt die Abstimmung über das Sozialisierungsgesetz. Es wird in der Ausschußfassung einstimmig angenommen. Bei § 2 wird der Antrag Auer, der die Entschädigungspflicht beseitigen will, mit 136 gegen 92 Stimmen angenommen, was im Hause große Bewegung und Unruhe hervorruft. Es stellt sich heraus, daß ein Posten Stimmzettel nicht mitgezählt wurde. (!) Nach der endgültigen Auszählung ist der Antrag mit 165 gegen 135 Stimmen abgelehnt. § 2 wird hierauf in namentlicher Abstimmung in der Kommissionsfassung mit 246 gegen 38 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen, ebenso unter Ablehnung aller Abänderungsanträge der Rest des Gesetzes.

Es folgt die 2. Beratung des Kohlenwirtschaftsgesetzes.

Abg. Wieland (Dem.): Im Reichskohlenamt müssen die Reichsteile berücksichtigt werden. Die Bergarbeiter bitte ich nun, das ihre zu tun.

Abg. Graf v. Posadowsky (Deutsch-Natl.): Tausende von selbständigen Existenzen werden durch dieses Gesetz zu Gegnern des Staates herabgedrückt.

Um 1 Uhr wird die Beratung bis 2 Uhr ausgesetzt.

Enttäuschung in England.

Berlin, 13. März. „Daily News" vom 4. März greifen Churchills Unterhausrede über das englische Friedensheer an, welches eine Stärke von fast einer Million Menschen haben und dem englischen Steuerzahler über 400 Millionen Pfund Sterling (8 Milliarden Mark) Lasten auferlegen solle. Man rechne dazu die Ausgaben für die Marine, die Pensionen und die Zinsen von 6000 Millionen Pfund Sterling Kriegsschulden, sowie das andauernde Steigen der Kosten für die Zivilverwaltung und das englische Reich steuert dem Ruin zu. Die Sozialisten im Parlament hatten mit Erstaunen zugehört und dazwischen gerufen: Wir dachten, es solle kein Krieg weiter geführt werden. Ueber die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht hat sich Churchill gar nicht geäußert. Die Entschuldigungen, mit denen er seine Vorlage begründete, sind in Wahrheit eine Selbstbeschuldigung. Die englische Politik in der russischen Frage ist ein Skandal. 100 Millionen Pfund Sterling kommen im neuen Budget allein auf dieses Konto. Weitere Ausgaben werden durch die Besatzungsarmee in Deutschland verursacht. Deutschland hat den 14 Punkten zugestimmt. Vier Monate sind verflossen und Churchill gibt zu, daß England immer noch Deutschland aushungert. Diese Hungersnot ist der Grund für den Bolschewismus. Wenn die englische Regierung nicht diese infame Politik treiben würde, so wäre Deutschland in der Lage, durch die Wiederaufnahme der Friedensarbeiten seine Schulden zu bezahlen und England brauchte nicht ein so großes Heer zu unterhalten, um gegen durch englische Politik hervorgerufenen bolschewistischen Zuständen entgegentreten zu können. Churchill behauptete allerdings, daß Deutschland die Kosten der Besatzungsarmee bezahlen müsse, aber er weiß ganz genau, daß die englische Politik in Deutschland absichtlich chaotische Zustände hervorruft und auf diese Weise Deutschland die Bezahlung unmöglich macht. Der Erfolg für das englische Volk ist der Heeresetat von 400 Millionen Pfund Sterling, die allgemeine Wehrpflicht und die in der englischen Geschichte unerhörte Aufrichtung des „militärischen Organismus" (d. h. Militarismus), der notgedrungen zu weiteren Kriegen führen muß.

Neues vom Tage.

Vorbereitung für die Friedensverhandlungen.

Berlin, 13. März. Die Führung der Abordnung für Deutschland an den Friedensverhandlungen soll Graf Brockdorff übernehmen. Die Regierung wird, wie der „Berl. Lokalanz." hört, durch die Reichsminister David und Giesberts vertreten werden. Außerdem werden der Abordnung noch angehören der bayerische Gesandte in Bern, Dr. Müller, und Prof. Schücking.

Berlin, 13. März. Wie verlautet, hat Reichsminister Erzberger trotz widerholter Bitten den Eintritt in die deutsche Friedensabordnung abgelehnt.

Verschiebung des Rätekongresses.

Berlin, 13. März. Die Einberufung des Rätekongresses nach Berlin ist vom 26. März auf den 8. April verschoben worden.

Sozialisierung der Landwirtschaft.

Berlin, 13. März. Wie die „Deutsche Ztg." aus Weimar erfährt, kann es als feststehend angesehen werden, daß die Sozialisierungspläne der Regierung auch die Landwirtschaft stark in Mitleidenschaft ziehen werden, namentlich ist ein Reichsgetreidegesetz, ferner ein Reichsfuttergesetz in Vorbereitung. Beide sehen Verteilungsmonopole vor. Aus dem Getreidemonopol erwartet das Reichsschatzamt einen jährlichen Ertrag von 800 Mill. Mark.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 13. März. General von Hammerstein überreichte den Alliierten Mitteilungen über die letzten Vorgänge an der russischen Front und bemerkte, daß die deutschen Truppen in den nächsten Tagen zurückgezogen werden müßten, wenn die Alliierten das Verbot der deutschen Truppentransporte durch die Ostsee weiterhin aufrecht erhielten.

Die deutsche Kommission ersuchte die Alliierten um Ausfuhrerlaubnis für 75 Millionen Mark Gold durch die Reichsbank nach Skandinavien zum Ausgleich der demnächst fällig werdenden deutschen Verbindlichkeiten im neutralen Ausland, sonst würde der deutsche Kredit im Ausland zusammenbrechen.

Rückkehr.

Berlin, 13. März. 500 deutsche Kriegsgefangene aus Dänisch-Schleswig wurden gestern nach Deutschland zurückbefördert.

Die ersten Lebensmittelsendungen.

Mannheim, 13. März. Noch in dieser Woche wird ein Lebensmitteltransport von Rotterdam in Mannheim erwartet. Am letzten Samstag ging eine Lebensmittelsendung der Alliierten von Rotterdam nach Duisburg ab.

Kontrollierung von Kriegsbetrieben.

Mannheim, 13. März. Marschall Foch läßt gegenwärtig die Mannheimer Betriebe kontrollieren, die früher Kriegsmaterial erzeugt, aber diese Tätigkeit schon seit langem eingestellt haben.

Protest gegen die Störung der Rheinschiffahrt.

Bern, 13. März. Im „Journal de Genève" protestiert Michele gegen die von einigen französischen Großindustriellen geplante Absicht, die Wasserkräfte des Rheins für industrielle Zwecke auszunützen. Eine derartige Maßnahme, die den Tod der Rheinschiffahrt bedeute, wäre eine ernste Bedrohung der berechtigten Interessen nicht nur der Schweiz, sondern ganz Westeuropas einschließlich Italiens.

Böses Gewissen.

Berlin, 13. März. Der tschecho-slowakische Minister des Innern hat mit Bezugnahme auf die vielfachen Zusammenstöße zwischen Deutschen und Tschechen in letzter Zeit behauptet, es bestehe eine Verschwörung gegen Tschechien, deren Fäden auch nach Berlin führen. Von zwei Seiten, von deutscher und magyarischer, sei ein gleichzeitiger Einfall in tschecho-slowakisches Gebiet geplant gewesen. Von deutscher Seite wird dazu erklärt, daß die Beschuldigungen ein Phantasiegebilde sind. Das Deutsche Reich sei nicht in der Lage, Einfälle in fremdes Gebiet auszuführen.

Der österreichische Staatssekretär des Aeußern, Dr. Bauer, der in Weimar und Berlin wegen des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an Deutschland verhandelt hatte, ist auf der Rückreise in Prag von der tschecho-slowakischen Regierung wegen angeblicher Verschwörung gegen den tschechischen Staat verhaftet worden. Otto Bauer ist 30 Jahre alt. Vor dem Kriege war er Sekretär der sozialdemokratischen Partei in Wien.

Oesterreich und Tschechien.

Wien, 13. März. Die Abendblätter melden, die amtlichen Beziehungen zwischen Deutsch-Oesterreich und der tschecho-slowakischen Republik werden abgebrochen.

Lichtenberg befreit.

Berlin, 13. März. Bevor gestern vormittag die vereinigten Truppen der Deutschen Schutzdivision und des Freikorps Hülsen zum Angriff gegen die Barrikaden der Frankfurter Allee übergingen, bahnte sich ein mit Offizieren des Divisionsstabs der Deutschen Schutzdivision besetztes ungepanzertes Personenauto unter Führung des Rittmeisters von Arnim kämpfend den Weg bis zur ersten Barrikade, die sofort von den Offizieren und den Begleitleuten gestürmt wurde. Die Spartakisten flohen unter Hinterlassung eines Toten. Derselbe Kraftwagen fuhr als erste Spitze der Regierungstruppen, bejubelt von der befreiten Lichtenberger Bevölkerung und noch von allen Seiten beschossen, die Frankfurter Allee weiter und stellte die Verbindung mit den in der Warschauer Straße vorgehenden Teilen der Gardekavallerieschützendivision her.

Die Börse wurde heute wieder eröffnet.

Berlin, 13. März. Wie die „B. Z. am Mittag" erfährt, ist die Zahl der Todesopfer der Spartakusunruhen so groß, daß die Unterbringung der Leichen auf Schwierigkeiten stößt.

Unglaublich.

Berlin, 13. März. In Stettin zog eine Menge, nachdem sie gestern im Schloßhof demonstriert hatte, nach dem Bollwerk, wo der Kreuzer „Straßburg" lag. Eine Rotte meist halbwüchsiger Burschen befand sich bald auf dem Kreuzer und holte unter Gejohle drei Maschinengewehre, Munition und andere Gewehre von Bord. Die Matrosen ließen es geschehen. Bis in die späten Nachmittagsstunden umlagerte eine große Menge den Kreuzer und gegen Abend wurde von den Führern der Bewegung verkündet, daß man durchgesetzt habe, daß der Kreuzer „Straßburg", in dem man eine Gefahr für die Errungenschaften der Revolution sehe, den Hafen alsbald verlassen müsse. Das Schiff mache sich in den Abendstunden, wie verschiedene Morgenblätter berichten, zur Ausfahrt aus dem Hafen bereit.

Neuer Generalstreik?

Berlin, 13. März. In den Fabriken werden Vorbereitungen für einen neuen Generalstreik getroffen, der am 25. März zugleich mit der Stillegung der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke beginnen soll. Man scheint auf einen Generalstreik im ganzen Reich hinzuarbeiten.

Ausstand.

Essen, 13. März. Die Belegschaft der Gewerkschaft Deutscher Kaiser und der Zechen Neumühl und Courl sind wieder eingefahren. Die Streikbewegung im Ruhrbergrevier ist damit vorläufig beendet.

Düsseldorf, 13. März. Bewaffnete Spartakisten versuchten wiederholte Anschläge auf die Ulanenkaserne, die von der Wache abgeschlagen wurden.

Halle, 13. März. Die Spartakistenführer haben ihre Tätigkeit auf die ländlichen Ortschaften ausgedehnt und dort lagern noch zahlreiche verborgene Waffen. General Merker hat daher den Belagerungszustand über Merseburg, Delitsch, Bitterfeld usw. verhängt. In Halle beträgt die Zahl der Verwundeten aus den letzten Kämpfen 170, die der Toten 55. Der angerichtete Sachschaden durch Plünderungen usw. wird auf 18 Millionen Mark berechnet. Die Zahl der verhafteten Plünderer beträgt 280.

Oels, 13. März. Die Angestellten und Arbeiter der hiesigen Eisenbahnwerkstätte sowie das Fahrpersonal sind in den Streik getreten, da ihnen die Gleichstellung mit den Breslauer Angestellten nicht bewilligt wurde. Oels ist vom Verkehr abgeschnitten.

Der Krieg im Osten.

Danzig, 13. März. Ueber Westpreußen wurde der Belagerungszustand verhängt. Der Eisenbahnverkehr über Thorn, Bromberg und Schneidemühl ist eingestellt.

Libau, 13. März. In weiterem Vordringen wurde den Bolschewisten der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Schaulen unter schweren Kämpfen entrissen. Nördlich davon wurde Szagarren an der litauisch-kurländischen Grenze genommen.

Beuthen, 13. März. Die Polen verbreiten in Oberschlesien Flugschriften durch Flugzeuge, und fordern die Bevölkerung auf, keine Lebensmittel an

---

geendet, stand das in Tränen lächelnde Gesicht, wie es sich nach ihm gehoben, vor seinem innern Blicke, sah er in diese Augen, deren Ausdruck ihm einen Himmel in die Brust geworfen — er grübelte nicht weiter, aber rief in die Seele das vor ihn tretende Bild aufnehmend, war es seine letzte bewußte Vorstellung, ehe er einschlief.

Es war ein eigentümliches Gefühl, das sich Reichardt's bemächtigte, als er am andern Morgen das Kassenzimmer betrat und von Bells Arbeitsplatze Besitz nahm. Bei seinem Erwachen war ihm die Wendung seines Schicksals fast wie ein Traum erschienen, in dem seine am Abend zuvor durchkämpften Zweifel wie ein dunkler Punkt standen. Aber sich kräftig aus seiner Gefühlswelt aufraffend, hatte er sich den Stand der Dinge klar vor Augen gestellt, hatte erkannt, daß er ohne bestimmte Ursache nicht von neuem zurücktreten könne, und vorläufig allem ruhig entgegensehen müsse. Trotzdem konnte er sich einer Beklommenheit nicht erwehren, wenn er an das ernste Begegnen mit dem alten Frost, dem er jedenfalls eine Erklärung schuldig war, dachte. Er war längst mit seinen Pflichten vertraut, aber er mochte noch keine Hand an die von Bell abgeschlossenen Bücher legen, ehe nicht das erwartete Zusammentreffen vorüber war, und so blätterte er die vor ihm liegenden Papiere durch.

Fast eine halbe Stunde mochte vergangen sein, als er die Eingangstür zum Büro klappen und gleich darauf eine Stimme laut werden hörte, und „das ist er!" murmelte er vor sich hin, sich zusammenraffend.

Reichardt hatte sich erhoben, als Frost sichtbar wurde. Der erste Blick in das Gesicht des Eintretenden aber zeigte ihm, daß dieser von irgend einem geschäftlichen Gedanken ganz in Anspruch genommen sein mußte, und fast schien es, als wolle er ohne Aufenthalt nach dem hinteren Zimmer gehen. Kurz vor der Tür des letzteren erst hielt er, wie sich besinnend, seinen Schritt an und wandte sich langsam dem jungen Manne zu. „Ich war gestern leider verhindert, Ihren Entschluß entgegenzunehmen," sagte er, während sich ein seltsames Lächeln um seinen Mund legte, „ich sehe aber, wir sind mit einander in Ordnung, und so wird es sich ja bald zeigen, wie weit das neue Verhältnis unsern Erwartungen entspricht. Notieren Sie sich vorläufig von heute ab denselben Gehalt, den Bell bisher bezogen."

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Deutsche zu liefern und keine Steuern mehr zu bezahlen. Die Polen kommen als Befreier aus deutscher Knechtschaft.

Genf Sitz des Völkerbunds?

Paris, 13. März. Der „Herald" meldet, daß **Genf** als Sitz des Völkerbunds in Frage komme.

Von der Friedenskonferenz.

London, 12. März. (Reuter.) „Daily Chronicle" meldet aus Paris, daß Deutschland zwei Monate Zeit erhalten werde, um die neuen militärischen Bedingungen auszuführen. Die Zahl der deutschen Offiziere wird auf 4500 beschränkt werden.

London, 13. März. (Reuter.) Im Unterhaus sagte der Staatssekretär der Admiralität, Geddes, die Zukunft Helgolands werde von der Friedenskonferenz erwogen. Das englische Mittelmeergeschwader werde vorläufig aus 6 Schlachtschiffen, 6 leichten Kreuzern, einer Zerstörerflottille und einer Tauchbootsflottille bestehen. Von den abgelieferten deutschen Tauchbooten seien bisher 54 verkauft und der Erlös unter die Alliierten verteilt.

Verborgene Rivalität.

Paris, 13. März. (Reuter.) Seit der Rückkehr Lloyd Georges nach Paris nimmt die britische Abordnung gegenüber der Frage der Versenkung der deutschen Kriegsschiffe einen veränderten Standpunkt ein. Wahrscheinlich wollen die britischen Vertreter Frankreich und Italien einige deutsche Schiffe zugestehen, den englischen Anteil jedoch versenken. Es heißt, daß England dadurch Amerika den Grund nehmen wolle, sein großes Schiffsbauprogramm durchzuführen, dessen Grundgedan war, daß kein Staat eine Flotte von solcher Größe haben dürfe, daß sie gegenüber anderen Mitgliedern des Völkerbunds eine Kontrolle über die See ausüben könne. Die Amerikaner sind der Ansicht, daß die Verstärkung der französischen und der italienischen Flotte um eine bestimmte Zahl Schiffe das gegenwärtige Gleichgewicht in der Seegewalt nicht erheblich verändern werde, außer gegenüber Deutschland und Oesterreich.

Paris, 13. März. Das Unterkomitee für Schiffahrt der Kommission für Hafen und Wasserwege schlägt vor, daß der Rhein für die Schiffahrt aller Nationen ohne Unterschied geöffnet werde und von einer Kommission ähnlich der Donaukommission kontrolliert werde.

Aufhebung des Getreideausfuhrverbots.

London, 13. März. Die „Times" meldet aus Neuyork, daß das Getreideausfuhrverbot aufgehoben worden sei.

Madrid, 13. März. (Havas.) Der Minister des Innern ordnete die unverzügliche Einziehung der Straßenbahnangestellten an, die für Mittwoch den Streik in Barcelona beschlossen hatten.

Baden.

Badische Nationalversammlung.

(-) **Karlsruhe**, 13. März. In der heutigen Vormittagssitzung der bad. Nationalversammlung wurde die Beratung über den Gesetzentwurf betr. die Aenderung der Gemeinde- und Städteordnung zu Ende geführt. Abg. Geck (Soz.) erklärte, das Gesetz habe im Lande Befriedigung hervorgerufen, zumal es so schnell erledigt worden sei. Die soz. Fraktion stellte den Antrag, die Amtsdauer der Oberbürgermeister und Bürgermeister auf 6 statt bisher 9 Jahre festzusetzen. Von der neuen Regierung erwarte man auf jeden Fall, daß in Bälde die gesamte Gemeinde- und Städtegesetzgebung einer umfassenden Umarbeitung unterworfen werde. — Abg. Vogel (Dem.) sprach sich gegen den soz. Antrag aus. Eine Staatsaufsicht über die Städte sei nicht zu vermeiden, dagegen müsse Staatsbevormundung unterbleiben. — Abg. Mayer-Karlsruhe (Deutsch Nat.) sprach von der schweren Zukunft, der unsere Städte entgegengehen. Nach kurzen Bemerkungen des Berichterstatters befaßte sich Abg. Bierneisel mit der Gemeindeordnung für die ganz kleinen Gemeinden. — Frau Weber (Dem.) besprach die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. Ihr Hauptgebiet müsse die Wohlfahrtsfürsorge sein und bleiben. — Abg. Wiedemann besprach gleichfalls die Aufgaben der Frau, die in mancher Hinsicht einen ganz anderen Blick habe als der Mann. — Abg. Schön (Dem.) weist auf die Verbesserung des Gesetzesentwurfs hin. — Abg. Müller-Schopfheim (Soz.) führt aus, man müsse die reiche Arbeit der Bürgermeister schätzen; aber ohne die Ratschreiber hätte manches nicht gemacht werden können. — Abg. Martin (Z.) wünschte eine größere Selbständigkeit der Gemeinden und äußerte Bedenken gegen die Wahlberechtigung von Anstaltsinsassen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. In der Einzelberatung wurde der soz. Antrag auf sechsjährige Amtsdauer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Hierauf wurde das Gesetz in namentlicher Abstimmung mit allen 90 Stimmen einmütig angenommen. Die dazu vorliegenden Interpellationen wurden für erledigt erklärt. Nächste Sitzung heute nachmittag 4 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen.

(-) **Karlsruhe**, 13. März. Die „Karlsruher Ztg." meldet: Alle öffentlichen und privaten Betriebe, Büros und Verwaltungen sind verpflichtet, auf je 100 insgesamt vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Bei der Feststellung der Zahl der zu Beschäftigenden sind mehrere Betriebe, Bureaus und Verwaltungen desselben Arbeitgebers zusammenzufassen. Die landwirtschaftlichen Betriebe müssen einen Schwerbeschädigten auf je 50 Beamten, Angestellte und Arbeiter beschäftigen. Unbesetzte Arbeitsplätze für Schwerbeschädigte sind in Baden jeweils unverzüglich dem Landesarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte in Karlsruhe, Zähringerstraße 100, zu melden.

(-) **Freiburg**, 12. März. Die nationalen Studenten u. Studentinnen an der Universität haben sich im Gegensatz zu der sozialdemokratischen Studentenschaft in der nationalen Studentenvereinigung organisiert. Die Mitglieder der neuen Gruppe stehen auf dem Boden der Deutschen Volkspartei oder der Deutschnationalen Volkspartei.

(-) **Freiburg**, 12. März. Der Parteisekretär der badischen Zentrumspartei Redakteur Otto Kraus, ist im Alter von 49 Jahren einem Herzschlag erlegen.

Die neue Kirche.

ep. „Laien"! Nun ist eure Stunde. Stehet auf! Euch meine ich, die ihr Christen seid und die Gemeinschaft der Christen wollt, und doch fandet ihr den Weg zur alten Kirche nicht.

Die alte Form der Kirche ist gefallen; eine neue steht auf. Durch euch muß sie aufstehen. Die Staatskirche ist gefallen, die Kirche, die von oben gemacht war, und wo der Pfarrer von oben, von seiner Kanzel her einsam redete. Die einseitige Kirche: ein Sprecher, die andern stumme Hörer oder — Wegbleiber. Ich weiß, oft grambedrückte Wegbleiber! Sie wären gern gekommen. Nicht alles Volk, nein; aber viele in allem Volk, die Besten, die wahrhaft suchenden Herzen, die um Wahrheit ringenden Köpfe. „Den Geist dämpfet nicht, die Weissagung verachtet nicht", so war's in der Urkirche. Die Obrigkeitskirche aber war, trotz aller Anläufe es zu ändern, das System des Gegenteils, und darum ist sie arm geworden an Geisteskraft, Weissagung oder freie Eingebung sucht ihre Stätte abseits. Drum muß die Kirche wieder werden wie im Anfang: Gemeinde, und frei Bahn muß werden für die Gaben des Geistes!

Die Staatskirche ist dahin, die von oben gemachte Kirche, mit staatlich bestelltem Konsistorium, Dekan, Pfarrer und dem in engstem Kreis gewählten und waltenden Synodalsystem (Bezirks- und Landessynode). Wer baut nun die Volkskirche? Die neue Kirche, zu der alle gehören, in der alle Raum haben, denen Jesus etwas ist, und die eine Kirche wollen, eine Gemeinschaft des Glaubens und durch diese Gemeinschaft Tatkraft des Glaubens in der Welt durch die Wahrheit und die Liebe. Wer baut nun diese Volkskirche?

Wieder die Pfarrer? Gewiß, sie meinen's gut; ich bin selber Pfarrer und darf das von uns sagen. Aber mancher, der nicht zum Fach gehört, hat doch ein gutes Wort zur Sache zu sagen, ein Werk dazu beizutragen; und darum muß die Pfarrerskirche aufhören und die Volkskirche kommen.

Ihr müßt kommen, die ihr die Kirche liebt, und hattet doch keine rechte Heimat in der Pfarrerskirche; ihr, die ihr Jesus liebt, und wisset doch nicht viel anzufangen mit den hohen theologischen Formeln. Es fällt euch nicht ein, den Grund einzureißen, auf den die Kirche erbaut ist, auf dem auch ihr erwachsen seid als Glieder der Kirche. Aber der Grund der Kirche sind doch eben nicht die Formeln, sondern das Leben, das von Jesus kommt, durch die Jahrhunderte her, und das noch heute Kraft hat. Warum soll denn die Kirche euch und euren Beitrag entbehren? Nein, sie braucht ihn. Sie braucht neues Blut.

Darum ihr „Laien", die ihr doch die Kirche seid, — ihr seid die Kirche, ihr alle, denen Jesus etwas ist, — stehet auf und bauet die Kirche, die Volkskirche! Es sind ihrer viele, die herein möchten. Und die bisher fast allein drin waren und sich ach oft so vereinsamt drin fühlten, die werden — Gott geb's! — euch Platz machen, daß ihr und sie zusammenwohnen, zusammenwirken. In der alten, dahingehenden Kirche war so viel Einerlei, und schwer genug oft lastete das Einerlei auch auf seinem Träger, dem Pfarrer. Ihr Laien, brechet Bahn dem Mancherlei des göttlichen Geistes, bauet die Volkskirche, daß sie ein Haus des Gottes werde, der lebendig ist, eine Stätte der Weihe, eine Quelle der Kraft, eine Macht heiligen Geistes, der Wahrheit und der Liebe in einer heillos wirren Welt, auf daß sie wieder ein Wort habe an die Welt! Also laden wir euch zum Neubau der Kirche. P. K.

Württemberg.

(-) **Stuttgart**, 13. März. (Neuer Staatsrat.) Ministerialrat Dr. jur. Hegelmaier im Finanzministerium ist zum Wirklichen Staatsrat und ständigen Rat des Staatsministeriums ernannt worden.

(-) **Illingen**, OA. Maulbronn, 13. März. (Streik.) Die Arbeiter der Kalk- und Schotterwerke sind infolge Lohndifferenzen in den Ausstand getreten.

(-) **Von der bayerischen Grenze**, 13. März. (Besitzwechsel.) Der Verlag des „Iller-, Roth- und Günzboten" in Illertissen, sowie der Verlag des „Babenhauser Anzeigers" gingen im Kaufswege in die Hände der Bayer. Bauernbundes über.

(-) **Von der Enz**, 13. März. (Typhus.) In Pforzheim ist eine schwere Typhus-Seuche ausgebrochen. Die Zahl der Erkrankten häufte sich in den letzten Tagen auf zusammen etwa 600. Die Ursache der Seuche soll das Grösseltalwasser sein. Leider h[illegible] an die Bevölkerung, statt gleich nach den ersten Fällen von 14 Tagen vor dem Genuß des Wassers zu warnen, bis heute über alles im Dunkeln gelassen. Jetzt, nachdem es für viele Hunderte zu spät ist, kommt endlich die amtliche Aufklärung und Warnung!

D.P.C. Die Tübinger Studentenschaft hat in seiner Versammlung von etwa 1600 Studenten eine Entschließung angenommen, für die ihr die nichtakademische Bevölkerung von Herzen dankbar sein müßte. Die Entschließung atmet einen Geist und eine Gesinnung, von denen man hoffen kann, daß wenn die Kommilitonen mit einer solchen inneren Ausstattung und mit einer solchen Einstellung ihrer kommenden Lebensarbeit in ihre verschiedenen Berufe hinausstreben werden, der breite Graben, der im alten Deutschland die akademische Bildungsschicht von den breiten Massen der im Erwerbsleben stehenden trennte, im neuen Deutschland nicht mehr zu finden sein wird. Die Studenten zeigen in dieser Entschließung, daß sie für die seelische Not des Augenblicks und vor allem für die Tragik, die über die Massen der Arbeiter hereingebrochen ist, welche den Sozialismus wie ein Evangelium verehrten, volles Verständnis haben und dieser Not mit entsprechenden geistigen Mitteln und feinem Verstehen entgegenzukommen gewillt und fähig sind. Es ist kein Zweifel, daß der verlorene Krieg mit seiner ungeheuren finanziellen Belastung Deutschlands schließlich gerade das Lebenslos breiter abhängiger Lohnarbeitermassen wieder freudloser gestalten wird, als das auf der Höhe des Friedens vor 1914 der Fall war. Darum ist die schwere politische Aufgabe, wie diese Arbeitermassen trotzdem aufs neue zu staatlicher Mitarbeit im Sinne eines neuen deutschen Reiches innerlich zu gewinnen sind, mit besonderer Sorgfalt und mit einer feinen Einstellung auf das innere Gären dieser Massen in Angriff zu nehmen. Die Studenten in Tübingen haben mit ihrer Entschließung gezeigt, daß sie für diese besondere Seite der Sache volles Verständnis haben und an ihrem Teile bereit sind, ihre Lebensarbeit in den Dienst dieser Sache zu stellen.

Wider die Arbeitslosigkeit.

D.P.C. Abg. Erkelenz veröffentlicht im „Regulator", der Wochenschrift des Gewerkvereins deutscher Metallarbeiter, eine beherzigenswerte Mahnung an Scheidemann: „Scheidemann, wo bist Du?" Er schreibt:

„Wesentlich mehr könnte und müßte auf dem Gebiet der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschehen. Die Tatsache, daß wir über eine Million Arbeitslose haben, ist von so bitterm Ernst, daß alles andere dagegen zurücktritt. Die Unterstützung heilt nicht, darüber ist man sich männiglich klar. Ja, sie verschlimmert gewiß stellenweise das Uebel. Die große Gefahr liegt darin, daß weit über eine Million Menschen Tag um Tag über ihre Lage nachdenken, nachgrübeln können, daß sie, unter dem Einfluß der Revolutionspsychose (Krankheit der Seele) Opfer unverständiger oder verbrecherischer Agitatoren werden. Der einfache Ruf nach Noske änderte das nicht. Er kann hier und da löschen und muß sehen, wie es an zehn anderen Stellen aufflackert. Gegen Gewalt muß Gewalt gesetzt werden, aber auch diese muß im Dienste einer konstruktiven Politik stehen, sonst verendet sie unter den heutigen Verhältnissen an sich selbst. Diese konstruktive Politik aber fehlt. Die Artikel der Verfassung mögen noch so schön sein, für dieses Uebel helfen sie nicht. Die Verfassung muß gemacht werden. Aber es muß daneben auch anderes geschehen. Nicht Noske und Preuß allein können die Lage retten, sondern sie bedürfen der großzügigen Mitarbeit Gotheins, Wissels und Bauers. Die Arbeit dieser fünf müßte geführt und zusammengefaßt werden von einer Stelle aus, die heute Scheidemann heißt. Wir sind uns vollauf bewußt, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ungeheuer schwer ist. Soweit sie aus Mangel an Rohstoffen entsteht, ist sie überhaupt zurzeit nicht zu beheben. Aber jedes Zehntausend Arbeitslose weniger ist ein politischer und wirtschaftlicher Gewinn von größter Tragweite. Und soweit liegen wir noch nicht in Agonie (Bewußtlosigkeit vor dem Tode), daß nichts mehr geschehen könnte. Ist es nicht möglich, kleinere oder größere Kommandos für Landarbeit, Bergarbeit aus gutwilligen Arbeitslosen zu bilden? Kann die Ansiedlung auf dem Lande nicht schon jetzt allmählich eingeleitet werden? Ist es nicht möglich, solchen Unternehmern, die Arbeitslose einstellen und zu nützlicher Arbeit verwenden, einen Zuschuß zu zahlen, damit sie ihre Produktionskosten vermindern und Ware zu erträglichen Preisen verkaufen können? Damit würde ein Teil der Arbeitslosenunterstützung, der heute verbraucht wird, ohne Werte zu schaffen, der Herstellung von Waren nutzbar gemacht. Sind wir das vielgepriesene Volk der Organisationskunst, nach vier Jahren Höchstleistung so von allen guten Geistern verlassen, daß wir überhaupt nicht mehr organisieren können?"

Vermischtes

Abgestürzt. Am Dienstag vormittag stürzte in der Nähe des Flugplatzes Nohra bei Weimar ein vom Flugplatz Döberitz aufgestiegenes Flugzeug ab. Die Insassen, der Führer Leutnant Jacob, sowie der Mitreisende Direktor Lindner aus Hannover, der zur Nationalversammlung fahren wollte, waren sofort tot. Als Ursache wird eine Explosion angenommen.

Erhöhung des Brotpreises. Die Organisation der Bäckergesellen in Berlin verlangte einen Mindestwochenlohn für Bäckergesellen von 100 Mark. Die Bäckerzwangsinnung nahm die Forderung unter der Bedingung an, daß der Magistrat einer Erhöhung des Brotpreises zustimme.

Räuberischer Ueberfall. In dem Dorfe Kierostow in der Tucheler Heide (Westpreußen) wurden nachts von einer Räuberbande Handgranaten in die Wohnung des Besitzers Friede geworfen. Friede, seine Frau und die ältere Tochter wurden tödlich verletzt, die beiden Söhne schwer verwundet. Die Wohnung völlig zertrümmert und ausgeraubt.

Die Menschenverluste im Krieg. Der amerikanische General March hat einen Bericht ausgearbeitet, worin ausgeführt wird, daß im Krieg insgesamt 7354000 Soldaten getötet wurden, darunter 1,1 Millionen Deutsche, 1,3 Millionen Franzosen, 706000 Engländer, 460000 Italiener und [illegible] Amerikaner.

Die Verluste der italienischen Armee betragen nach einem römischen „Stefani"-Bericht 428010 Tote, 94[illegible] Verwundete und 569210 Gefangene.

Die Hinrichtungen in Rußland. Ueber Helsingfors wird aus Petersburg gemeldet: In einer Geheimsitzung der Sowjetregierung in Moskau wurde mitgeteilt, daß die Zahl der Personen, die auf Befehl einer besonderen Kommission bis zum 1. Januar hingerichtet wurden, 13700 „nicht übersteigt".

Aus dem Tabakgewerbe. In einer Hauptversammlung des Verbands des bayrischen Tabakgewerbes in München gab der Verbandssekretär Leipolder u. a. folgende Auskunft über die Aussichten des Tabakgewerbes: Das Gewerbe stehe heute vor einem Trümmerhaufen. Die Zigarrenfabrikation stehe still. Der Schleichhandel sei jetzt schlimmer als je: fast jeder Soldaten- und Kasernenrat sei heute Händler geworden. Vollkommene Anarchie herrsche im Handel. Vorläufig sei das Gewerbe auf den Tabak des Inlands angewiesen, der aber den Bedarf nicht decken könne. Wenn die Zigarettenindustrie nicht weiter beliefert werden könnte, müsse sie im Mai die Arbeit einstellen, das gleiche gelte für die Kau- und Schnupftabakindustrie, etwas besser sei die Rauchtabakindustrie daran, weil der ganze deutsche Wald Ersatzmaterial liefere. Die einzige Milderung könne die Verteilung von Ware aus Heeresbeständen bringen. Dem Gewerbe drohe ferner wie vor dem Kriege der britisch-amerikanische Tabaktrust.

Eine [illegible] Gasleitungsanlage. Wie so mancher technische Fortschritt, den man europäischen Erfindungen [illegible] irgend einen Vorläufer in der chinesischen [illegible] hat, so war auch die Verwendung von Gasen zu Heizzwecken den Chinesen schon längst bekannt, ehe man in Europa noch daran dachte. Ga-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

heizungsanlagen zu errichten. Die Betriebe der chinesischen Gasfeuerung waren natürlich sehr primitiv ausgestattet, aber die Brennbarkeit des Gases — es handelte sich um Erdgase — wurde sogar schon durch eine Urform des heutigen Bunsenbrenners ermöglicht. Wie Czako, dem diese Entdeckung erst kürzlich gelang, in der „Chemiker-Zeitung" mitteilt, fanden sich die brennbaren Erdgase in verschiedenen Salzbrunnen der Provinz Sstschwan und wurden von hier aus durch Bambusröhren viele Kilometer weit nach den Salzquellen von Kia-ting-fu geleitet, wo sie, um die Verdampfung der Salzlake zu bewirken, unmittelbar unter den großen Salzpfannen verbrannt wurden, zum Teil aber auch zur Beleuchtung dienen mußten. An der einfachen aber durchaus zweckentsprechenden Einrichtung fällt uns vor allen Dingen der sinnreich konstruierte „Brenner" auf, der aus einem hohlen kegelförmigen Stein besteht, in den von einer Seite her die ausführende Endöffnung des Bambusgasrohres hineinmündet. Außerdem besitzt der Stein in seiner oberen Fläche eine Oeffnung, durch die das Gas angezündet wird. Vergleicht man diesen chinesischen Brenner mit dem heute fast ausschließlich im Gebrauch stehenden Bunsenbrenner, so wird man in der primitiven Urform schon die wesentlichsten Bedingungen des Bunsenbrennerprinzips antreffen, und so hatte denn China in einer einfachen Salzsiederei tatsächlich schon eine Heizvorrichtung, die in Europa erst lange Zeit später auftauchte und praktisch verwendet wurde.

Seit wann die Gasheizung und -Beleuchtung in den genannten Betrieben schon bestand, ließ sich bis jetzt nicht feststellen, es ist aber anzunehmen, daß es sich hier um ein althergebrachtes Verfahren handelt. Der von einem Missionar verfaßte und wahrscheinlich auch erste Bericht über die Gasanlagen in den Betrieben der chinesischen Salzquellen, der aus dem Jahre 1828 stammt, meldet denn auch keineswegs von einer Neuen, sondern von einer längst bestehenden Einrichtung.

Lokales.

— **Die Sommerzeit** soll im Laufe des Monats April wieder eingeführt werden.

— **Der Paketverkehr nach Ungarn** ist bis auf weiteres eingestellt.

— **Verteilung von Heeresgut.** Auf Veranlassung des Arbeitsministeriums ist die Württ. Wohlfahrtsgesellschaft m. b. H. in Stuttgart gegründet worden, die eine gerechte Verteilung von freiwerdendem Heeresgut (Bekleidung, Wäsche, Bettstellen, Decken usw.) insbesondere für gemeinnützige Zwecke innerhalb des Landes verfolgt. Die W. W. wird das ihr zur Verfügung gestellte Heeresgut erwerben und an die Amtskörperschaften, Gemeinden, sonstige öffentlichen Körperschaften, wohltätige Vereine usw. abgeben. Eine Abgabe an private Personen findet nicht statt, wird vielmehr durch die Kommunalverbände oder deren Organisationen, sowie durch s Schwäb. Bürgerheim und dessen Filialen vermittel An diese Stellen, bei denen auch die Verzeichnisse der Gegenstände eingesehen werden können, sind die Bedarfsanmeldungen zu richten.

— **Ermittlung von Heeresgut.** Bei der Revolution, dem Rückmarsch und bei der Auflösung des Heeres ist, wie eine amtliche Bekanntmachung besagt, Heeresgut von unermeßlichem Wert gestohlen und unterschlagen worden. Kraftfahrzeuge aller Art, Dampfstraßenzugmaschinen, Dampflastkraftwagen, Dampfseilzugmaschine, Dampfwalzen, Motorboote usw., die tausenderlei kleineren Gegenstände nicht gerechnet, sind in großer Zahl abhanden gekommen. Es ist aber von größter Wichtigkeit, dieses Heeresgut soviel als möglich wieder in den Besitz des Reichs zu bringen. An das Publikum ergeht daher die Aufforderung, wo derartige Geräte und Maschinen, die bisher vielleicht versteckt gehalten werden, auftauchen sollten, sofort die Heeresverwaltung zu benachrichtigen. Mitteilungen werden an das Württ. Kraftwagenverwertungsamt in Stuttgart-Untertürkheim erbeten. Es wird eine Belohnung bis zu 5 Prozent des durch Abschätzung festzustellenden Wertes des wiedererlangten Gutes unter Ausschluß des Rechtsweges anteilig denjenigen (auch benannten) Persönlichkeiten zugesichert, durch deren Tätigkeit die Wiedererlangung von Gegenständen der genannten Art ermöglicht worden ist.

— **Militärheu.** Um irrtümlichen Meinungen zu begegnen, teilt die Württ. Heeresverwaltung mit, daß die militärischen Heusammelstellen mit wenigen Ausnahmen geräumt und die noch bestehenden dem Ernährungsministerium für den Futterbedarf der Zivilbevölkerung zur Verfügung gestellt worden sind, bis jetzt insgesamt etwa 1400 Tonnen. Sobald die Verminderung des militärischen Pferdebestands weitere Abgaben ermöglicht, werden sie der Landesfutterstelle überwiesen. Unmittelbare Gesuche der Tierhalter an das Kriegsministerium um Ueberlassung von Futter sind daher zwecklos.

— **Die Obstversorgung** wird im laufenden Jahre ebenso gestaltet werden, wie im Jahr 1918.

Leipziger Erlebnisse. Ein kleines Kommando einer Stuttgarter Sicherheitskompagnie mußte vor kurzem über Leipzig fahren. Kaum daß der Zug in den dortigen Hauptbahnhof eingelaufen war, wurde er von einer Schar Aufständischer unter dem Rufe „Waffen her" umringt. Als sich einer unserer Leute die Bemerkung erlaubte, daß ihre Waffenscheine bereits von einem durch rote Armbinde mit entsprechendem Ausdruck gekennzeichneten Anführer nachgeprüft und anerkannt worden seien, hielt ihm einer aus dem Haufen die Mauserpistole mit den Worten vor: „Noch ein Wort und ich knalle dich über den Haufen, Seid froh, daß ihr überhaupt noch im Zuge seid, von jetzt ab kommt keiner mehr durch." Den Stuttgarter Mannschaften wurden darauf ihre Waffen gewaltsam entrissen, ebenso erging es Ulmer Kameraden vom Grenadier-Regiment Nr. 123, die aus Ostpreußen kamen. Die Soldaten mußten dann noch mit ansehen, wie Matrosen einen zufällig im Zuge sitzenden Offizier aus dem Wagen herausriffen und auf ihn, der sie in keiner Weise gereizt hatte, es sei denn durch seine Uniform, so wütend einschlugen, daß sein Rock in Fetzen ging. „Du mußt mit auf die Wache, da werden wir dich bearbeiten, daß du an uns denkst," brüllte die Meute.

— **Wie kaufe ich Grundstücke?** Für Kriegsinvaliden, die sich ansiedeln wollen, ist ein lehrreiches Merkblatt aufgestellt worden, das die Frage beantwortet, wie schütze ich mich bei einem Haus- oder Landkauf gegen Uebervorteilung? Er ist auch für andere Käufer von Wert. Verlange, heißt es darin, zuerst einen Auszug aus dem Grund- und Hypothekenbuch, damit du über die Größe der Liegenschaft und die darauf liegenden Lasten und Schulden, die du mitübernehmen sollst, Kenntnis erhältst. Kann der Auszug nicht beschafft werden, dann nimm mit Genehmigung des Verkäufers Einsicht in das bei dem zuständigen Amtsgericht geführte Grundbuch. Kaufe kein Grundstück, wenn eine Hypothek jederzeit gekündigt werden kann oder eine bald fällig ist, wenn du nicht das nötige Bargeld dazu hast. Eine Hypothek darf nur unter der Bedingung eingetragen werden, daß sie bei pünktlicher Zinsenzahlung für mehrere Jahre unkündbar ist. Für die Zinsenzahlung muß eine Frist von 8—14 Tagen nach Fälligkeit ausgemacht und in das Grundbuch eingetragen werden. Verlange den Feuerversicherungsschein oder einen glaubhaften Nachweis über die Höhe der Versicherungssumme. Verlange ein genaues Verzeichnis des Inventars.

Unterhaltungs-Abend. Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, veranstalten die Eisenbahnunterbeamten der Enztalbahn am kommenden Samstag und Sonntag zwei Unterhaltungsabende, verbunden mit Begrüßung ihrer, im Feld und Kolonnendienstes gestandenen, Kollegen. Das Program ist der ernsten Zeit angepaßt. Die theatralische Leitung liegt in den Händen des Herrn Löfflers, die gesangliche in den Händen des Herrn Hauptlehrer Walz.

Postalisches. Postschalterdienststunden vom 15 März Werktags von 8—12 Uhr vorm. und 3—7 Uhr nachm. Sonntags von 11—12 Uhr.

Ev. Jünglingsverein. Freitag den 14 März abends ½9 Uhr Spiel und Bibelstunde
Sonntag, 16. März abends 6 Uhr Spiel und Vereinsstunde.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

Paßpflicht der Nichtwürttemberger.

Jeder Nichtwürttemberger, der sich in Württemberg nach 1. Januar 1919 niedergelassen hat, ist verpflichtet, sich sofort durch einen Paß oder Paßersatz über seine Person bei der Ortspolizei auszuweisen.

Neuankommende Nichtwürttemberger haben sich binnen 24 Stunden nach der Ankunft auf dem Rathaus persönlich zu melden.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. und evtl. mit Ausweisung bestraft.

Wildbad, den 12. März 1919.

Stadtschultheißenamt: **Bätzner.**

Bekanntmachung

In letzter Zeit ist das angelieferte Quantum in Milch wieder ziemlich zurückgegangen, so daß täglich circa 100 Ltr. weniger angeliefert werden wie seither. Aus diesem Grunde müssen sich die Leute kleinere Abzüge gefallen lassen.

Städt. Lebensmittelamt

Städt. Arbeitsamt Wildbad.

(Im Lebensmittelamt)
Kostenlose Stellenvermittlung.

Für sofort oder später werden gesucht nach hier:
9 Dienstmädchen,
11 Küchenmädchen,
1 Office-Mädchen.
nach Auswärts:
2 Hoteldiener,
1 Kafferoliner.

Stellen suchen:

a.) Männlich:	b.) Weiblich:
Kaufleute	Zimmermädchen (in Hotels oder
Köche	Servierfräulein (Fremdenheim
Kellner	Saaltöchter
Friseure,	Büffetfräulein,
Maschinenbauer,	Kassierin
Buchdrucker,	Putz- Wasch- u. Monatsfrauen
Taglöhner (Kriegsinvaliden)	Masseuse.

Wildbad.

Freiwillige Versteigerung.

Wegen Wegzug und Aufgabe der Fremdenpension kommen in der Villa Weidmann in Wildbad am

Montag, den 17. März v. vormittags 10 Uhr

an folgende Gegenstände zur Versteigerung:

7 Kleiderkästen, 5 weiß- 2 braunlackiert, 9 eis. Bettstellen mit Sprungfedern, Matratze und Keil, 9 Nachttische, weiß und braunlackiert, 5 Waschkommode, weißlackiert, 18 Stühle, 12 weiß, 6 braun, 9 Tische, weiß und braunlackiert, 2 Chaiselongue, 1 Auszugtisch, 1 Büffet massiv Hartholz, 1 Flurgardarobe, massiv eich. mit Spiegel, 1,80 Mt. breit und zwei eis. Waschständer.

Die Gegenstände sind wenig benützt, sehr gut erhalten und dürften sich besonders für Kinderschlafzimmer, Hotels und Fremdenpension eignen.

Brotkarten-Abgabe.

!! Die Abgabe der Brot- und Butterkarten für die zweite Hälfte des Monats erfolgt am Samstag den 15. März für die Nummern

501 bis Schluß Vormittags 8—12 Uhr
1—500 Nachmittags 2—6 Uhr

Städt. Lebensmittelamt.

Die Geflügelhalter

werden an die Abgabe von **Eier** erinnert

Die Eier werden jeden Samstag mittag von 2—5 Uhr auf dem Lebensmittelamt abgenommen.

Eisenbahn- Unterbeamten
Obmannschaft Wildbad.

Am Samstag den 15. und Sonntag den 16. März findet im Saale Gasthaus zur alten Linde unsere

Abend-Unterhaltung

verbunden mit **Begrüßungs-Feier** der heimgekehrten Mitglieder und Theater- und Gesangs-Aufführungen, statt; wozu wir die verehrte Einwohnerschaft höflichst einladen.

Anfang Samstag um ½ 8 Uhr.
Sonntags Saalöffnung ½ 4 Uhr anfang um 4 Uhr

Die Vorstandschaft!

N.B. Um einer Ueberfüllung des Saales vorzubeugen, haben wir uns entschlossen die Feier an 2 Abenden stattfinden zu lassen, und bitten um zahlreichen Besuch.

Die Obmannschaft Wildbad.

Empfehle in Gartengeräten:

Spaten, Hauen, Karste Gartenhauen, Reuthauen, Schaufeln, Dung- und Heugabeln, Baumsägen, Rebscheeren, Wald- und Handsägen
sowie Kinder-Gartengeräte.

Wilhelm Fohnenberger.

Sämtliche

Sämereien

sind wieder eingetroffen und empfiehlt

Joh. Köhle Wtw.

Zur **Frühjahrsbestellung** empfehle in nur prima Saatgut

Stangenbohnen, Buschbohnen
in div. Sorten, sowie
Carotten, Zwiebel, Mangold
und sonstige **Gemüsesämereien.**

Martin Gauß Gärtner.

Fuss-Abstreifer

aus starkem Buchenholz, als Ersatz für Fußmatten, empfiehlt per Stück Mk. 2.50 und Mk. 3,

Robert Treiber.

W. V. W.

Heute abend ½ 6 Uhr im Anker.

Evang. Kirchenchor
Heute abend 8 Uhr
Singstunde

Eine kleinere
Villa
oder geeigneter Bauplatz in der Nähe der Bäder gelegen, wird
zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preisangabe unter B 1510 an die
Haasenstein & Vogler A.-G., Stuttgart.

Noch wenig gebrauchten
Photogr. Apparat
mit Kasetten und Zubehör Format 9/12 zu verkaufen.
Anzusehen in der Exped ds. Bl. [255.

Ein Logis
für eine kleine Familie hat zu vermieten, sofort oder später.
Jakob Klaus,
König-Karlstraße.

Zu einem ruhigen Geschäftsbetrieb, in der Nähe der Bahn gelegen, werden **größere**
Lokalitäten
zu mieten oder
zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preisangabe unter E 1511 an die
Haasenstein & Vogler A.-G., Stuttgart.

Stuttgarter Geld- und Pferde Lotterie
Ziehung am 3. Mai 1919
Hauptgewinn 25000 Mark.
Lose a 2 Mark
erhältlich bei
C. W. Zott.

Waschmittel „Burnus"
wäscht Wäsche wunderbar.
Zu haben in Paketchen 25 Pfg. bei
Carl Wilh. Zott.

Forstamt Wildbad.

Nadelstammholz-Verkauf
im schriftlichen Aufstreich.

Am Freitag, den 21. März 1919 vorm. 10 Uhr in Wildbad im „Jägerstüble" aus Staatswald Bottenwasen, Tuchmachersweg, Rißhalde, Grünhütte, Dürrmähderwald und Bugelhupfstein: 804 Ta mit Fm.: Langholz: 509 I., 346 II., 250 III., 59 IV., 30 V. Kl.; Sägholz: 107 I., 39 II., 4 III. Kl. Die bedingungslosen Angebote auf die einzelnen Lose, ausgedrückt in ganzen u. Zehntelsprozenten der Forstpreise 1919 wollen unterzeichnet, verschlossen und mit der Aufschrift „Angebot auf Nadelholzstammholz" versehen spätestens **bis 21. d. Mts. vorm. 9.30 Uhr** beim **Forstamt** eingereicht werden. Die Eröffnung der Gebote erfolgt hierauf im „Jägerstüble". Losverzeichnisse und Angebotsvordrucke von der Forstdirektion G. f. H. Stuttgart.

Wiederbeginn des Unterrichts für
Maschinenschreiben
am 15. März,
für
Stenographie
am 16. März.
Der Unterrichtsleiter:
A. Knecht.

Jaßhahnen
einfach und verschließbar empfiehlt
R. Treiber.

Gutes
Gummiband
für Strumpfbänder ist wieder eingetroffen bei
Robert Rieringer.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw